

ZEITGESCHICHTE

Braune Agenten

Ehemalige Angehörige des Sicherheitsdienstes SD – des Geheimdienstes der SS – bildeten in den frühen sechziger Jahren ein Netzwerk, das Verbindungen zu den Geheimdiensten der Bundesrepublik unterhielt und an Sprengstoffanschlägen in Südtirol beteiligt gewesen sein soll.

Das geht aus einem „streng geheimen“ Vermerk hervor, den die Bundesregierung jetzt freigab. Dem Vermerk zufolge informierte die Spitze des Bundesnachrichtendienstes bei einer Tagung 1963 Beamte des Kanzleramts über die „regelmäßigen Zusammenkünfte ehemaliger SD-Leute“: Diese bildeten einen „internen Nachrichtendienst“, an dem Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes mit SS-Vergangenheit teilnahmen. Zudem gebe es „Querverbindungen“ zum Bundesamt für Verfassungsschutz.

Die Treffen fanden nach Angaben des Bundesnachrichtendienstes regelmäßig beim ehemaligen SS-Gruppenführer Wilhelm Harster statt, einst Polizeichef in den Niederlanden und in Italien. Die Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes vermuteten, dass der Kreis um Harster nicht nur Nachrichten sammelte, sondern auch Sprengstoff nach Südtirol lieferte. Dort hatten Separatisten immer wieder Bombenanschläge verübt.



Merkel

FRISO GENTSCH / DPA

HOMO-EHE

In der Gruppe zum Erfolg

Das Machtwort von Kanzlerin Angela Merkel gegen eine steuerliche Gleichstellung der Homo-Ehe hat den Streit in der CDU nicht beendet: Um eine Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe

zu erreichen, erwägen einige CDU-Politiker nun einen sogenannten Gruppenantrag. Dabei würden sie gemeinsam mit Kollegen aus anderen Fraktionen für eine Ausweitung des Ehegattensplittings auf Lebenspartnerschaften plädieren – und sich gegen die eigene Fraktion stellen. „Ein parteiübergreifender Gruppenantrag wäre eine Option“, sagt der CDU-Abgeordnete Stefan Kaufmann. Ähnlich sieht dies sein Mitstreiter Jens Spahn; er will zunächst die Diskussionen in der Fraktion abwarten. SPD und Grüne planen, die Union in dieser Woche mit eigenen Anträgen

zur steuerlichen Gleichstellung in die Ecke zu drängen.

Unterdessen lässt Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Modelle durchrechnen, die den Splitting-Vorteil auf Familien mit Kindern ausdehnen. Seine Maßgabe: Keiner solle schlechter stehen als heute und die Lösung dennoch für den Fiskus verkraftbar sein. Dafür müssten Kindergeld und Kinderfreibetrag entfallen. Da die Auswirkungen für alle möglichen Familiensituationen durchzurechnen seien, werde es Jahre dauern, bis eine neue Lösung im Gesetzblatt stehen könne, heißt es im Ministerium.

BUNDESWEHR

Ruhepausen fehlen

Die Bundeswehr verwehrt vielen Soldaten die vorgeschriebenen Pausenzeiten zwischen Auslandseinsätzen. Nach Untersuchungen des Verteidigungsministeriums wird die vorgesehene Regenerationszeit von 20 Monaten in jedem zweiten Fall unterschritten. In den Jahren 2010 bis 2012 seien 6953

Soldaten betroffen gewesen. „Alle wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen, dass bei zu geringer Regenerationszeit die Gefahr einer Posttraumatischen Belastungsstörung zunimmt“, sagt der Grünen-Verteidigungsexperte Omid Nouripour. „Verteidigungsminister Thomas de Maizière muss dieses Problem abstellen.“ Dessen Staatssekretär Thomas Kossendey verspricht gegenüber dem Verteidigungsausschuss des Bundestags, dass die Bundeswehrreform die Situation verbessern werde.

SPD

Neue Formation

Der linke Flügel in der SPD hat sich neu formiert. In Zukunft wird er durch eine Dachorganisation vertreten, die sich – in Anlehnung an den „Frankfurter Kreis“ früherer Jahre – „Berliner Kreis der SPD-Linken“ nennen soll. Dies beschlossen SPD-Linke aus Parteivorstand, Landesverbänden und Arbeitsgemeinschaften bei einem Treffen, an dem auch Generalsekretärin Andrea Nahles teilnahm. Das Sprechertrio sollen der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Ralf Stegner, dessen sachsen-anhaltinische Kollegin Katrin Budde und Juso-Chef Sascha Vogt bilden. Der Kreis will auch bei der Besetzung künftiger Kabinettsposten mitreden: „In einer SPD-Regierung muss der Berliner Kreis der SPD-Linken personell vertreten sein“, fordert Stegner.



Bundeswehr-Soldaten in Afghanistan

JOHANNES ARIT / LAIF